

Protokoll:

Rm Lehmkuhler (SPD) führt aus, der Antrag sei hinlänglich begründet. Allerdings wünsche man noch eine Ergänzung im Beschlussentwurf, wonach man die Zahl der Mitglieder um 5 auf 16 erhöhen wolle.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und kündigt die Unterstützung des Änderungsantrages seitens ihrer Fraktion an.

Beigeordneter Knopp merkt an, durch die vorangegangene Klarstellung ändere sich auch die Stellungnahme der Verwaltung. Bekanntlich gehörten 6 Fraktionen der Jury an neben 3 städtischen Vertretern (Leitung des Mittelrhein-Museum, Leitung Stadtbibliothek, Leitung Musikschule) sowie der Oberbürgermeister und der Fachdezernent. Dies seien 11 Personen. Wenn nun beantragt werde, diese nach dem derzeitigen Stärkeverhältnis um 5 Personen auf 16 zu erhöhen, dann sehe die Verwaltung darin auch kein Problem. Es sei auch das gute Recht des Rates, dies so zu beschließen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wiechmann, MdL, erklärt, seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Er halte es für keinen besonders geeigneten Zeitpunkt. Am vergangenen Samstag habe man in einer sehr feierlichen Stunde gemeinsam den Kulturpreis für das Jahr 2011 verliehen. Er glaube, dass dies eine Replik auf die Entscheidung darstelle, die man eigentlich gemeinsam getroffen habe. Man halte dies für eine Beschädigung des Kulturpreises und vor allem der diesjährigen Preisträger. Seine Fraktion wolle vor allem eine Politisierung des Kulturpreises verhindern. Daher lehne man den Antrag ab.

Rm Schupp (FDP) findet es traurig, dass hier wohl gekränkte Eitelkeiten der beiden großen Fraktionen zum Tragen kämen. Es sei traurig, dass in Zukunft dann wohl nur noch Vorschläge der CDU- und SPD-Fraktion zum Zuge kämen, die den Kulturpreis verliehen bekämen, weil sie dann die Mehrheit der Stimmen hätten. Gerade im Hinblick auf das wichtige Thema Auszeichnungen, wo verdiente Menschen in Koblenz geehrt werden sollten für ihr Engagement in Kultur, Sport, Vereinen etc., sollte kein Parteidenken in den Köpfen der Leute herrschen, die die Entscheidung zu treffen hätten. Deshalb plädiere er nach wie vor dafür, pro Fraktion einen Vertreter zu entsenden, damit man dort einen „Parteiklüngel“ außen vor lasse. Die FDP-Fraktion stimme gegen den Antrag.

Rm Lehmkuhler (SPD) vertritt die Auffassung, Rm Wiechmann (Bündnis 90 / Die Grünen), MdL, habe mit seinem Redebeitrag die Preisträger nachträglich diskreditiert und nicht die Antragsteller. Der Antrag sei nicht rückwärts gerichtet, sondern auf die Zukunft ausgelegt. Rm Schupp (FDP) habe soeben bereits auf andere Bereiche hingewiesen: In Koblenz gebe es die Ehrennadel für soziales Engagement und die Sport-Ehrennadel sowie die Sportplakette. Dort werde es von den zuständigen Ausschüssen entschieden und es sei genau das, was zuvor beklagt worden sei, vorherrschend. Dies wolle man für den Kulturpreis auch so handhaben. Dies sei nicht mehr als vernünftig und es entspreche den Gepflogenheiten in den anderen Bereichen.

Rm Baum (FBG) merkt an, Rm Lehmkuhler (SPD) habe zuvor gesagt, es ginge um die Zukunft und genau darum werde man diesem Antrag der beiden großen Fraktionen nicht zustimmen. Die FBG-Fraktion wolle, dass der Kulturpreis der Stadt Koblenz unpolitisch bleibe. Man zweifle nicht die Kompetenz der Mitglieder an, die in dieses Gremium entsandt würden, aber man könnte

dem einen Vertreter auch die Kompetenz der Fraktion mitteilen. Er denke, es wäre für Koblenz gut, den Kulturpreis unpolitisch zu halten.

Rm Sauer (CDU) führt aus, man entscheide im Sport- und Bäderausschuss nicht nur über die Sport-Ehrennadel, sondern über die höchste städtische Auszeichnung, die Sportplakette, und dies schon so lange es den Ausschuss gebe. Es sei immer ein gutes Recht des Sport- und Bäderausschusses gewesen, über die eingereichten Vorschläge abzustimmen. Sie finde dies auch in Ordnung und man habe dies noch nie politisch betrachtet, sondern man habe immer im Interesse der Koblenzer abgestimmt. Sie könne sich vorstellen, dass es bei einem Kulturpreis nicht anders gehandelt werde und wenn man schon politische Machenschaften dahinter vermute, dann finde sie dies sehr traurig. Denn dies diskreditiere die bisherigen Kulturpreisträger in höchster Form. Dies finde sie unverschämt.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer äußert, die antragstellenden Fraktionen wollten die Angelegenheit nicht in einen politischen Kontext bringen. Aber wenn man die Verleihungsordnung kenne, dann könne man nicht sagen, die CDU- und SPD-Fraktion hätten dort die Mehrheit, denn hier ginge es um eine 2/3 Mehrheit. Diese habe man nicht inne. Sie empfiehlt, bevor man solche Äußerungen anbringe, erst einmal die Verleihungsordnung genau zu lesen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) wirft die Frage auf, warum man das Verfahren bzw. die Besetzung der Jury ändern solle, wenn es doch bisher so gut gelaufen sei, wie dies hier von Vorrednern dargelegt worden sei.

Rm Balmes (CDU) zeigt auf, die Regularien der Vergabe des Kulturpreises sähen ganz klar vor, dass es kein Politikum sei, sondern es würden neutrale Entscheidungen getroffen unabhängig von der Zusammensetzung des Gremiums.

Rm Naumann (SPD) kann sich in Zusammenhang mit der Vergabe der Sport-Ehrennadel bzw. der Sport-Plakette an keine Abstimmung erinnern, die nicht einstimmig beschlossen worden sei. Die Politik sei sich diesbezüglich einig und die zu Ehrenden seien der Ehre wert. Man führe keine politische Diskussion weder im Vorfeld noch im Nachhinein. Die Politik funktioniere an dieser Stelle hervorragend. Wenn dies für den Sport gelte, müsse dies selbstverständlich auch für die Kultur gelten.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) vertritt die Auffassung, wenn es nun gewünscht werde, dass die Entscheidung in einem Gremium gefasst werde, dass politisch proportional besetzt sei, dann könne man diese Jury ganz auflösen und die Aufgabe dem zuständigen Kulturausschuss zuweisen. Dann habe sich die Diskussion erledigt, es gebe im Ergebnis ein Gremium weniger und man erreiche damit eine Verschlankung der Verwaltung.

Rm Baum (FBG) fragt, ob es Sitzungsgelder für diese Jury gebe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verneint diese Frage und stellt anschließend den nachfolgend geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

„Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, die Verleihungsordnung für den Kulturpreis der Stadt Koblenz im § 5 so zu verändern, dass die Ratsfraktionen entsprechend ihrer

Stärkeverhältnisse im Stadtrat vertreten sind und dafür die Zahl der Mitglieder von 11 auf 16 zu erhöhen.“